

PRESSESPIEGEL

Pressekonferenz „Bündnis für eine faire Vergabe in Hessen“ vom 24.09.2018

Frankfurter Rundschau

25.09.2018

Beilage Frankfurt Rhein-Main, S. F22

Gegen Ausbeutung mit Steuergeld

Bündnis für faire Vergabe fordert verbindliche soziale und ökologische Kriterien

VON PITT VON BEBENBURG

Entwicklungspolitische Organisationen dringen gemeinsam mit Gewerkschaften und Umweltorganisationen darauf, dass das Land und die Kommunen ihre Aufträge nach sozialen und ökologischen Kriterien vergeben. Büromaterial und Computer, Steine und Textilien, Tee und Kaffee – alle Anschaffungen sollten diesen Kriterien genügen, sagte Maria Tech vom Entwicklungspolitischen Netzwerk Hessen (EPN) am Montag in Wiesbaden.

Dort warb sie gemeinsam mit dem Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), Michael Rudolph, und Arno Enzmann von den Naturfreunden Hessen für eine „zeitgemäße Novellierung“ des hessischen Vergabegesetzes. Sie hatten sich bereits vor der Landtagswahl 2013 zu einem „Bündnis für eine faire Ver-

gabe in Hessen“ zusammengetan. Ziel sei es, „dass nicht mit Steuergeldern Ausbeutung und Umweltverschmutzung bezahlt werden“, formulierte Tech. Das EPN ist ein Zusammenschluss von rund 100 Weltläden, Vereinen und Organisationen.

„Die billigsten Anbieter sind in der Regel nicht diejenigen, die sich an soziale und ökologische Standards halten, die Tariflöhne zahlen, die ausbilden und sich für die Gleichstellung von Männern und Frauen einsetzen“, konstatierte DGB-Chef Rudolph. All dies sollten aber Kriterien eines Tariftreue- und Vergabegesetzes werden.

Die Gewerkschaften dringen darauf, dass öffentliche Aufträge mit guten Löhnen verbunden werden. Rudolph sprach sich für einen Mindestlohn von 10,30 Euro für Vergaben in Hessen aus. Dies entspreche der niedrigsten

DAS GESETZ

Die schwarz-grüne Koalition hat das gültige Tariftreue- und Vergabegesetz 2014 beschlossen.

Öffentliche Auftraggeber können danach „soziale, ökologische, umweltbezogene und innovative Anforderungen“ berücksichtigen. Allerdings heißt es ausdrücklich im Gesetz, es stehe den Auftraggebern „bei der Auftragsvergabe frei“, ob sie solche Themen zu Kriterien machen. pit

Einkommensstufe im öffentlichen Dienst.

Der DGB-Vorsitzende wies darauf hin, dass andere Bundesländer einen vergabespezifischen Mindestlohn eingeführt hätten. Er betrage etwa in Mecklenburg-Vorpommern 9,54 Euro und in Schleswig-Holstein 9,99 Euro.

Unzufrieden sind die Streiter des Bündnisses mit dem hessischen Vergabegesetz, weil es keine Kontrollbehörde für Verstöße vorsieht und keine Haftung eines Generalunternehmers für seine Subunternehmer. Michael Rudolph erinnerte an einen Fall aus dem Sommer. In Neu-Isenburg hatten rumänische Bauarbeiter, die an einem Projekt im Auftrag der städtischen Wohnungsbaugesellschaft arbeiteten, ihren Lohn von einem Subunternehmer nicht vollständig erhalten. Der Generalunternehmer sei „erst durch enormen Druck“ zum Zahlen zu bewegen gewesen, berichtete der DGB-Chef.

Er forderte das Land, aber auch die großen Städte in Hessen auf, Kontrollbehörden einzurichten. Solche Stellen ließen sich alleine mit den Bußgeldern für die Unternehmen finanzieren, die sich nicht an die Regeln hielten.

Zeitungen der VRM Medien (u.a. Darmstädter Echo, Wiesbadener Kurier, Rhein-Main-Anzeiger)

25.09.2018

„Kurz notiert“, S. 6

Bündnis gegen Kinderarbeit

WIESBADEN (epd). Ein Bündnis aus Gewerkschaften, Entwicklungshilfe- und Umweltverbänden fordert strengere Maßstäbe für die Auftragsvergabe der öffentlichen Hand in Hessen. Die geltenden Bestimmungen reichten nicht aus, um etwa Beschaffungen aus Kinderarbeit in Entwicklungsländern auszuschließen, kritisierten Sprecher der Organisationen am Montag. Eine neue Landesregierung müsse deshalb dafür sorgen, dass die Vergabe stärker an sozialen und ökologischen Kriterien ausgerichtet werde, hieß es.

LÄNDER

SOZIALES - GEWERKSCHAFTEN UND VERBÄNDE WOLLEN STRENGERE VORGABEN BEI AUFTRAGSVERGABE / BUND, LÄNDER UND KOMMUNEN SOLLTEN FAIRE PRODUKTE KAUFEN

Bündnis kämpft gegen Kinderarbeit

ARCHIVARTIKEL 25. September 2018 Autor: [Gerhard Kneier \(kn\)](#)

WIESBADEN. Dass ausgerechnet mit Steuergeldern Produkte etwa aus Kinderarbeit beschafft werden können, will ein Bündnis aus Gewerkschaften, Entwicklungshilfe- und Umweltverbänden nicht mehr hinnehmen. In einer gemeinsamen Aktion fordern sie nach der Landtagswahl ein neues Gesetz, das die Vergabe öffentlicher Aufträge in Hessen stärker an soziale und ökologische Kriterien knüpft. Schließlich werden in Deutschland 15 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das öffentliche Vergabewesen aufgewendet, wie die Initiatoren gestern in Wiesbaden sagten. Eine erhebliche Marktmacht, die Bund, Länder und Kommunen dazu nutzen könnten, mit gutem Beispiel voranzugehen und zu besseren Arbeits- und Umweltbedingungen in den Produktionsländern beizutragen.

Als weiteres wichtiges Ziel nannte der Landesvorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB), Michael Rudolph, etwas gegen Lohndumping zum Beispiel auf öffentlichen Baustellen zu tun. Neben dem DGB gehören das Entwicklungspolitische Netzwerk Hessen, der Bund Umwelt- und Naturschutz (BUND), die Naturfreunde Hessen und das Zentrum Ökumene der Evangelischen Kirchen in Hessen und Nassau (EKHN) sowie von Kurhessen-Waldeck (EKKW) dem Bündnis für eine faire Vergabe in Hessen an.

Pochen auf Gesetzesänderung

Sie begrüßen, dass der Hessische Landtag in der zu Ende gehenden Wahlperiode das Tariftreue- und Vergabegesetz reformiert hat. Die Bestimmungen reichten aber nicht aus und blieben vielfach hinter denen in anderen Bundesländern zurück, kritisierten Michael Rudolph und Maria Tech vom Entwicklungspolitischen Netzwerk auf der Pressekonferenz in Wiesbaden. „Ob Dienstkleidung, Kaffee, IT-Produkte oder Natursteine: Bei vielen Produktgruppen sind Arbeitsrechtsverletzungen und Umweltzerstörung eher die Regel als die Ausnahme“, warnte Tech. Land und Kommunen in Hessen müssten daher darauf pochen, dass neben dem Preis auch andere Kriterien bei der Auftragsvergabe berücksichtigt werden. Im geltenden Gesetz ist diese Möglichkeit aber nur als Kann-Bestimmung enthalten, nötig seien dagegen rechtsverbindliche Vorgaben. Unverständlich nennt die Entwicklungshilfe-Expertin auch die fehlende Verankerung der Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, um vor allem die Beschaffung von Produkten aus Zwangsarbeit und ausbeuterischer Kinderarbeit zu verhindern.

Außerdem stößt dem Bündnis auf, dass die Regelungen erst ab einem Bestellwert von mindestens 10 000 Euro gelten, es fordert eine Untergrenze von 500 oder höchstens 1000 Euro. DGB-Chef Rudolph pocht zudem auf schärfere Kontrollen zur Einhaltung der Vorgaben durch eine eigene Behörde, wie sie es in einigen anderen Bundesländern schon gibt. Zudem müssten Generalunternehmen bei der Auftragsvergabe auch für Verstöße ihrer Subunternehmen haften. Und schließlich will der DGB-Chef einen vergabespezifischen Mindestlohn, etwa die unterste Tarifgruppe des Tarifvertrags mit dem Land Hessen von 10,30 Euro.

© Südhessen Morgen, Dienstag, 25.09.2018

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Mannheimer Morgen Großdruckerei und Verlag GmbH

URL:

https://www.morgenweb.de/mannheimer-morgen_artikel,-laender-buendnis-kaempft-gegen-kinderarbeit-_arid,1321830.html